

Die Last des Eisernen

Überraschungscoup, von langer Hand geplanter Staatsstreich der Sicherheitsorgane oder ein perfider Deal – der Machtwechsel im Kreml gibt dem neuen Präsidenten Wladimir Putin jedenfalls die Chance, dem größten Land der Erde einen Reformschub zu verordnen. Seine erste Bewährungsprobe ist die Beendigung des Tschetschenien-Kriegs.



Amtierender Präsident und Premier Putin beim Frontbesuch vor Grosny, Soldaten am Neujahrstag: „Es geht darum, dem Zerfall Russlands



Russische Panzer, tschetschenische Opfer
„Tollwütige Tiere“



ein Ende zu setzen“

Nur wenige im Dresden der späten DDR wussten, was der blasse, hager Mann trieb, der in der Gründervilla ein und aus ging, die sich an der Angelikastraße 4 hinter einer hohen Mauer verbarg. Hier, am Rande des Nobelstadtteils Loschwitz, lag die Filiale des sowjetischen Geheimdienstes KGB, und einer ihrer Residenten war der Major Wladimir Putin.

Die KGB-Truppe im Technologiezentrum Dresden hatte ein weites und ergiebiges Betätigungsfeld. Ein Spezialauftrag war das Anheuern neuer Agenten, die beim westdeutschen Klassenfeind Betriebsgeheimnisse in Spitzenfirmen ausspähen sollten wie bei Siemens oder IBM.

Dafür eigneten sich DDR-Bürger mit unerfülltem Ausreisewunsch. Hatten sie einen schriftlichen Antrag an den Rat des Kreises gerichtet und einen interessanten Beruf, Ingenieur zum Beispiel oder gar EDV-Experte der Firma Robotron, dann meldete sich bei ihnen ein freundlicher russischer Besucher.

Der versprach dem DDR-Deserteur, den Ausreisewunsch zu befürworten. Allerdings müsse er bei seinem künftigen Arbeitgeber im Westen etwas für den Weltfrieden tun: nämlich Spitzelarbeit zu leisten für Moskau.

Unklar blieb bislang, welche Ergebnisse und Erfolge Putins subversive DDR-Mission erbracht hat. Seinem Aufstieg jedenfalls schaden sie nicht, denn seit dem letzten Tag des vorigen Jahres ist dieser Experte in Sachen Verrat Herr über das größte Land der Erde.

Wladimir Putin, 47, verfügt nun über eine ruinierte, auf Nothilfe aus dem Westen angewiesene Volkswirtschaft und rund 10 000 Atomsprenghäupter. Er ist zudem Oberbefehlshaber der zurzeit einzigen Krieg führenden Nation Europas.

Damit hat der KGB-Oberst der Reserve über das Schicksal

der Welt, über Krieg und Frieden, kräftig mitzureden. Auch an ihm liegt es, ob das Nachtasyl des Kontinents zu einem überdimensionalen Bosnien oder Kosovo gerät oder zu einem Super-Serbien, welches sich mit Gewalt holt, was ihm fehlt.

Der Ex-Revolutionär Daniel Cohn-Bendit sieht in Putin ein Pendant zum nationalistischen Abenteurer Slobodan Milošević. Der amerikanische Ex-Sicherheitsberater Zbigniew Brzezinski kündigt erst einmal eine „Zwangsherrschaft der Oligarchen“ an, der Tycoons, die unter Jelzin die Herrschaft über Wirtschaft und Politik gewannen (siehe Seite 114).

Doch an dem mit großen Vollmachten ausgestatteten Präsidenten Putin liegt es ebenso, ob sein Reich womöglich zu einem aufblühenden Mitglied der europäischen Völkerfamilie gehören wird, mit angemessenem Wohlstand und einer funktionierenden Demokratie. Der Spion a. D., der – anders als alle seine Vorgänger – den Westen intensiv beobachtet hat, taugt auch dazu, Russland durch Eintritt in den Kreis der fortgeschrittenen und zivilisierten Nationen neues Selbstbewusstsein zu verleihen.

In seinem Büro hängt ein Porträt jenes Zaren Peter I., der vor 300 Jahren höchst autoritär die Öffnung gen Westen betrieb und Russland in die Moderne stieß. In dessen Stadt, dem allemal renitenten St. Petersburg – damals: Leningrad – wurde Putin im Oktober 1952 geboren, ein halbes Jahr vor dem Tode Stalins.

Die Bolschewiki hatten niemals einen Petersburger Politiker an die Macht kommen lassen – Sinowjew und Kirow, prominente Anwärter auf höchste Weihen, mussten sterben; der Leningrader Parteisekretär und Hoffnungsträger Iwan Spiridonow, der 1961 durchsetzte, Stalins Leichnam zu verbrennen, verschwand rasch aus der Öffentlichkeit.

Putin weiß das alles. „Ich habe keine weit reichenden Verbindungen zur Moskauer Elite“, stellte er sich hauptstädtischen Schriftstellern vor und fügte ironisch hinzu: „Ich komme aus der Provinz.“

Putin studierte in Petersburg Jurisprudenz. Er galt als Musterschüler, der die Bibliothek den Studentenpartys vorzog. Ge-

Präsident Jelzin (1999): „Nicht wahr, ich bin euer Zar?“



Russland ist groß, der Zar ist weit

Rudolf Augstein über die Tradition russischer Grausamkeit

Darum, mein Heinrich, / Beschäft'ge stets / die schwindlichten Gemüter / Mit fremden Zwisten, / dass Wirken in der Fern' / das Angedenken vor'ger Tage banne.

SHAKESPEARE: „KÖNIG HEINRICH DER VIERTE“

Was König Heinrich IV. (Bolingbroke) seinem legalen Erben, dem späteren Heinrich V., auf dem Sterbebett riet, gilt heute wie damals. Russland kämpft in Tschetschenien gegen eine aufrührerische Stammesbevölkerung der Russischen Föderation. Es kann sich nicht leisten, hier einen faulen Frieden zu schließen.

Bürgerkriege werden im Allgemeinen grausamer geführt als die zwischen anerkannten Staatsgebilden (trotzdem segnete der Papst jüngst schon wieder die aufständischen Tamilen in Sri Lanka). Man denke an den Krieg der Engländer gegen die Buren, an den Spanischen Bürgerkrieg oder den Krieg der Türken gegen die Kurden. Lippenappelle aller westli-

gen. Man kann von einem Vertrauensvorsprung für den neuen Machthaber Wladimir Putin kaum reden. Bessern wird sich die Lage nicht, sondern im Gegenteil nur zu Schlimmerem hinwenden. So weit das überhaupt noch möglich ist, wird der Kampf immer härter.

Denn es war ja Putin, der mit Rückenbedeckung des früheren Präsidenten den Krieg schon als Ministerpräsident seit August geführt hatte. Dieser Bürgerkrieg entscheidet über Putins Schicksal. So bitter das klingen mag, ihm bleibt nichts anderes übrig, als den Kampf gegen die muslimischen Gotteskrieger zu einem offiziellen, wenn auch labilen Ende zu führen. Ein zweites Kosovo mit einer internationalen Besetzung bis zum Jahre 2030 ist hier nicht möglich.

Die Schreckensbilder, die von den russischen Fernsehzuschauern ganz anders aufgenommen werden als bei uns im Westen, können die kriegerische Stimmung, die von alltäglichen Sorgen ablenkt, selbst

dumpfes Gefühl der Demütigung seitens des Westens hat sich seither in Russland breit gemacht; man hat gesehen, wie seine innere Krise ausgenutzt wurde.

Auch rationale Argumente führen zu der Schlussfolgerung, dass jetzt nicht die Zeit für „Wobbling“ ist, für Wankelmut also, wie Margaret Thatcher George Bush während des Golf-Kriegs ermahnte. Auch in Moskau würde jeder Friedensfürst, sei er nun Präsident oder Premier, hinweggefegt werden.

Eine Ausweitung des Kriegsherdes kann das Elend nur noch vergrößern; und doch mag es sein, dass die Russen so gefährdet, wie sie vorgeben, gar nicht sind. Das war mehrmals auch schon bei den Amerikanern so und beim Deutschen Reich 1914 nicht anders.

Man darf das derzeitige Geschehen von der zaristischen Geschichte nicht ablösen. Obwohl das kulturelle Russland immer zu Europa gehörte, blieb es ein despotisch regiertes Land, in all seinen



Russische Herrscher Iwan der Schreckliche, Peter der Große, Katharina die Große, Stalin: *Es ist alles erlaubt*

chen Regierungen in Richtung Moskau bewirken das Gegenteil. Würde Russland mit Einmischung bedroht, so sähe die Bevölkerung, seit Jahren in Armut, Not und Kummer lebend, sich dagegen mit einer diffusen Kraftanstrengung zu wehren aufrufen.

Es war denn naiv anzunehmen, der taktisch geschickte Abgang Boris Jelzins würde der zivilen Bevölkerung in Tschetschenien Linderung, ja den Frieden brin-

im fernsten Sibirien nur schüren. Man ist wieder wer, auch wenn man nichts zu essen hat.

Das Elend der tschetschenischen Zivilbevölkerung, das man sich kaum noch vorstellen mag, erinnert dennoch an den völkerrechtswidrigen Krieg der Nato gegen Jugoslawien. Auch hier war es die Zivilbevölkerung, die ohne Strom, Wasser und Heizmaterial für die Untaten des Milošević-Regimes erhalten musste. Ein

Zerklüftungen fast unregierbar. Der Alte Fritz lernte die Russen 1760 bei Torgau kennen, wo die sich lieber totstechen ließen als von der Stelle zu weichen.

Wo immer russische Reformer das Räderwerk antreiben wollten, wurden sie von ihren Zaren bald fallen gelassen: so Michail Speranski von Alexander I. im Jahre 1812 wegen seiner Verfassungspläne und Pjotr Stolypin 1911 vom letzten Romanow wegen seiner Agrarpolitik.

Zar Iwan der „Schreckliche“ – genau: der „Gestrenge“ – versuchte es zunächst mit einer Spaltung der Adelsklasse; mit der Eroberung Kasans 1552 machte er den Weg frei für die Expansion nach Süd und Ost. Seinen Sohn, den Kronprinzen, erschlug er im Zorn mit seinem Zepter, ein Versehen also.

Peter der Große veranstaltete in Moskau eine monatelange Blutorgie, bis sogar der Metropolit um Einhalt bat. Auf dem Sterbebett 1725 betete er: „Herr, wenn du über mich zu Gericht sitzen wirst, so vergiss nicht, mit welchem Land ich es zu tun hatte.“ Der Thronfolger Aleksej schien das zu wissen. Er wurde auf Befehl des Vaters nicht aus Versehen, sondern absichtlich ermordet.

Die Tochter Peters des Großen, die Zarin Elisabeth, wechselte zwischen ihren Liebhabern und den harten Kirchenbänken für reuige Sünder hin und her. Die 1744 aus Deutschland importierte Zarin Katharina die Große passte sich den orthodoxen Sitten des Landes an, und an ihre Liebhaber verschenkte sie, je nach Leistung, ganze Landstriche mit bis zu 800 000 Leibeigenen: „Tout est permis à Catherine“ („Katharina ist alles erlaubt“). Westliche Aufklärer verkündeten ihren Ruhm. Ihren Gatten Peter III. hatte sie abgesetzt; er kam bei einem Raufgelage zu Tode. Einen entfernten Thronprätendenten ließ sie umbringen. Zar Nikolaus I. regierte von 1825 bis 1855. Er starb kurz bevor sich im Krim-Krieg Russlands Niederlage gegen England und Frankreich endgültig abzeichnete.

Russland ist groß, und der Zar ist weit. Nach Ablösung einiger ehemaliger Sowjetrepubliken sind die Fliehkräfte im russischen Reich nach wie vor gewaltig.

Wenn Jelzin kürzlich dem Westen mit Raketen drohte, so gewiss nicht, um sie abzufeuern. Er wollte daran erinnern, dass selbst seine gebeutelte Armee noch immer über diese tödlichen Einsatzwaffen verfügt. Man ist sich wohl bewusst, dass man in großen Teilen ein rückständiges Land ist, das Kriege nur grausam führen kann. Fast hunderttausend sowjetische Soldaten mussten sterben, weil Marschall Schukow von Stalin den Befehl bekommen hatte, Berlin bis zum 1. Mai 1945 zu erobern.

Bei Shakespeare kann man nachlesen, und in keinem Film war dies bisher zu sehen, unter welchem Zwang der Heldenkönig Heinrich V. die Hafenstadt Harfleur bedrohte; und was der spätere Lordprotektor Oliver Cromwell der Bevölkerung der irischen Stadt Drogheda antat, war unbeschreiblich. Aber, so vergisst kein britischer Historiker hinzuzusetzen, so war der Kriegsbrauch. Kaum jemand wird



Jelzin beim Verlassen seines Kreml-Büros, Erbe Putin: „Wozu soll ich ihm im Wege stehen?“

bestreiten können, dass Shakespeare und Cromwell damals einen eklatant höheren Zivilisationsstandard hatten als die heutigen Bergvölker des Kaukasus.

„Wie kann ein asiatisches Land anderes erwarten“, dies war die Meinung des englischen Premierministers Lord Palmerston 1856 zu den für Russland harten Friedensbedingungen. Die Bauernbefreiung unter Zar Alexander II. schlug in Russland so wenig durch wie die Sklavenbefreiung in den USA unter Präsident Lincoln.

„Amerika, du hast es besser als unser Kontinent, der alte ...“, reimte Goethe 1827 gewiss nicht speziell im Hinblick auf Russland. Tatsächlich hat Amerika es heute besser als das noch immer größte Flächenland der Welt. In Russland herrschen Provinz-Gouverneure und Gangster, extreme muslimische Kämpfer bedrohen das Restreich. Manch einer sehnt sich nach Stalins Terrormaschine zurück, aber dafür ist das verkommene Riesenland denn doch zu aufgeklärt.

Die Sowjetunion, stereotyp „Polarbär“ geheißen, war vor 30 Jahren Chinas Hauptfeind. Heute hat Russland die Chinesen gerade wegen des Tschetschenien-Krieges zum Bundesgenossen. Vor zehn Jahren empörte sich der Westen über das Massaker auf dem Platz des Himmlichen Friedens. Inzwischen hat Peking bewiesen, dass man in der übrigen Welt hervorragend Geschäfte machen kann, wenn man die Menschenrechts-Gebetsmühle einfach nicht ernst nimmt. Ob die russische Zentralgewalt das gleiche Kunststück fertig bringen kann, egal unter welcher Führung, dies sei dahingestellt. Ausgeschlossen ist es nicht. Dann jedenfalls würde der Tschetschenien-Krieg als wirtschaftliches Druckmittel ausgedient haben.

fühle konnte er schwer verbergen: Bei der Beerdigung eines Kommilitonen, der dem Prüfungstress erlegen war, weinte er laut und herzerreißend.

1974 kamen KGB-Werber in die Universität und schilderten die Freuden des Agentenlebens. Stud. jur. Putin war entflammt: „Ich stimme sofort zu.“ Nach einer Spionage-Schulung gelangte er in die Sektion Wissenschaft und Technik der Ersten Hauptabteilung, dem Auslandsressort des KGB: Das bot die Aussicht, die Welt zu sehen. Heute bekennt Putin, er habe „praktisch das ganze Leben, mit einer kurzen Ausnahme, in den Organen der Auslandsaufklärung gearbeitet“.

Dort traf er noch auf Mitarbeiter, die zu Stalins Zeiten im Volkskommissariat für innere Angelegenheiten, dem berüchtigten NKWD, tätig geworden waren. „Für diese Kader“, so Putin, „war jede Instruktion Gesetz, selbst wenn sie geltenden Gesetzen widersprach.“ Wie tief ihn die Geheimpolizei geprägt hat, offenbarte Putin im November den Moskauer Schriftstellern:

„Man darf nicht nur den Terror von 1937 sehen und so tun, als brauchten wir keine Organe für Staatssicherheit.“

Bei den Sicherheitsdoktrinen blieb er: „Ökologische und öffentliche Organisationen, private Firmen und Wohlfahrtsorganisationen“ seien oft von Spionen durchsetzt, sagte er im Juli. „Alle diese Strukturen werden immer unter unserer scharfen Beobachtung stehen.“ Da ist seinem Land ein Dauerplatz in den Jahresberichten von Amnesty International sicher.

Die „Iswestija“ stufte Putin per Schlagzeile als „Der Eiserne“ ein, eine Anspielung auf den Gründer von Lenins Terrorpolizei Tscheka, Felix Dserschinski, wel-

Eine Moskauer Zeitung attestiert ihm die Ausstrahlung eines „getrockneten Haifischs“



Jelzin (M.) beim Putsch der KP-Konservativen gegen Gorbatschow 1991: Keine Zustände wie in Jugoslawien

cher als „Eiserner Felix“ in die Kriminalgeschichte einging.

Von „nassen“ – KGB-Jargon für: blutige – Aufträgen blieb Wladimir Putin aber unbehelligt. Dass er in Dresden nicht nur ein nahezu akzentfreies Deutsch erlernte, sondern einige DDR-Agenten geführt haben soll, überrascht Ost-Berlins einstigen Chefaufklärer Markus „Mischa“ Wolf keineswegs: „Das war normal, die müssen ja irgendwas getan haben, zumal ein Major, der wollte ja befördert werden.“



Spaßmacher Jelzin, Kollege Clinton (1995) „Bereit zum Kampf mit den Westlern“

Für den Generaloberst a. D. Wolf, soeben von einem Moskau-Besuch zurück, zählt Putin zu jenen Figuren, die er „vom Typ her dutzendweise“ bei KGB und Sowjetarmee kennen gelernt hat: „wahrscheinlich durch den Einsatz im äußeren Dienst etwas gebildeter und weltoffener“. Und ausgestattet mit den Qualitäten eines Aufklärers: „intime Vertrautheit mit den Taktiken der Täuschung – ein Talent, das für politische Manöver große Vorteile bieten kann“.

Bleibenden Eindruck hinterließ Putin in Dresden freilich nicht: Der damalige SED-Bezirkschef Hans Modrow kann sich nicht an ihn erinnern. „Ein typischer Vertreter

der zweiten Reihe“, sagt ein Stasi-Mann, der mit ihm zusammenarbeitete.

Im Februar 1988 ließ Stasi-Chef Erich Mielke ihn mit dutzenden seiner Kollegen der „sowjetischen Organe“ auszeichnen: mit der NVA-Verdienstmedaille in Bronze. Weniger wäre schon unhöflich gewesen. Im Kaderbefehl K 114/88 wird „Major Putin, Wladimir Wladimirowitsch“ ganz nach den Regeln des Gewerbes als „Mitarbeiter der Vertretung“ ausgewiesen.

Gegen etliche der KGB-Offiziere, die aus der DDR den Westen ausspähten, hat der Generalbundesanwalt in den vergangenen Jahren ermittelt. Putin ist nicht darunter. Keine seiner Quellen ist bis heute aufgefliegen. So manche, da sind sich Staatsschützer sicher, liefert noch heute an Moskau.

Mit dem Ende der DDR kehrte Putin in seine Heimatstadt Leningrad zurück, wo er an der Uni auf Auslandskontakte und die demokratische Bewegung aufzupassen hatte. Beim Putsch gegen Gorbatschow 1991 bewirkte Putins Verhandlungstalent, dass die Stadt friedlich blieb.

Fortan galt die Putin-Regel: „Als Kompensation für die Schwäche des Staates besetzen bei uns Leute aus Geheimdiensten Plätze, auf denen eigentlich Zivilisten sitzen sollten.“ Sein Lehrer aus Studentenzeiten, Anatolij Sobtschak, wurde zum Oberbürgermeister gewählt und nahm Putin zum Vize, zuständig für die Außenbeziehungen der Stadt an der Newa.

Da hatte Putin Exportlizenzen zu vergeben, nach dem Urteil eines Untersuchungsausschusses des Stadtrats tat er das „uneffektiv“: Die dafür verlangten Importe an Mangelware kamen nicht an. Einem deutschen Geschäftsmann widerfuhr, dass ihm nach stundenlangen ergebnislosen Verhandlungen mit Sobtschak und Putin auf der Straße zwei andere Herren begegneten: „Wir sind von der zweiten Struktur.“ Sie boten ihm an, die gewünschte Lizenz

für einen Laden am Newski-Prospekt zu besorgen, gegen Bares.

Putin überredete die Dresdner Bank, am Ort eine Niederlassung einzurichten. Und er pflegte einen Kontakt, der ihm häufige Ausflüge nach Hamburg eintrug: die Partnerschaft der beiden Hafenstädte. Ein hoher Beamter der Senatskanzlei erinnert sich seiner flinken Intelligenz, und: „Er ist außerordentlich deutschfreundlich.“

1996 verlor Freund Sobtschak die Wiederwahl zum Stadtoberhaupt und zog sich unter Bestechungsvorwürfen erst einmal nach Paris zurück. Ein anderer Petersburger, der Chef-Privatisierer Anatolij Tschubais, holte Putin nach Moskau. Unter dem Jelzin-Buchhalter Pawel Borodin hatte er die zahlreichen Immobilien des Präsidentschaftsamt mitzuverwalten, Gesamtwert etwa 600 Millionen Dollar.



Bonn-Besucher Jelzin, Freund Kohl (1997) „Ein Mensch, der das Risiko liebt“

In diesem Job gewann Putin Einblick in Borodins Bräuche im Umgang mit Geld. Er lernte auch, dass im Moskauer Polit-Gerangel nicht Standpunkte oder Beziehungen entscheiden, sondern kompromittierendes Material aus dunklen Quellen, auf Russisch: „Kompromat“. Dazu hatten seine alten Arbeitgeber, die Schlapphüte aus der Lubjanka, den leichtesten Zugang.

Sehr bald bekam der Zugereiste einen seinem Lebenslauf gemäßen Kontrollposten: Er hatte die Ausführung der Dekrete Jelzins zu überwachen und stieg zum Vize-Stabschef des Präsidenten auf.

Der nächste Schritt erwies sich als mächtiger Sprung nach vorn: Im Juli 1998 wurde der stille Wladimir Putin Chef der KGB-Nachfolgeorganisation FSB, des Föderalen Sicherheitsdienstes. Dort nannten ihn die einen wegen seiner Vergangenheit samt seiner ungewöhnlichen Pünktlichkeit „Nemez“, Deutscher; die anderen hatten ihm früher schon den Spitznamen „Stasi“ zugeteilt, wie sein Vorgänger Stepaschin preisgab. „Ich kehre dorthin zurück“, stellte er sich seiner Behörde nun als Chef vor, „wo ich hingehöre.“

Im Jahr darauf stieg er schon, getragen vom Vertrauen Jelzins wie des FSB, zum Ministerpräsidenten auf. Eine Woche zuvor war sein Vater, ein Schlosser, gestorben. Bei Putins Dienstantritt im vorigen August testierte ihm eine Moskauer Zeitung noch die Ausstrahlung eines „getrockneten Haifischs“. Über Nacht gewann er Profil und TV-Präsenz, als gleich darauf in Moskau zwei Plattenbauten explodierten (210 Tote) und im südrussischen Wolgodonsk ein Mietshaus (17 Tote, über 300 Verletzte).

Durch alle Wohnblocks, Keller, Märkte Russlands rollte eine Razzia – jeder Bürger verlangte Schutz, und Putin versprach ihn: Er beschuldigte tschetschenische Terroristen der Attentate („tollwütige Tiere“) und kündigte eine „politisch-militärische Regulierung“ in der Kaukasus-Republik an. Binnen fünf Monaten erntete der Durchgreifer die Zuneigung jedes zweiten Landsmanns. Rundfunkhörerinnen bestätigten dem braven Ehemann der studierten Germanistin Ljudmila und Vater zweier Töchter – sie besuchten die deutsche Schule in Moskau – gar einen gewissen Sex-Appeal.

Dabei ist er, gemessen am bisherigen Schönheitsideal seines Volkes, eher ein Antityp, was auf einen Bewusstseinswandel deutet: Mit 1,75 Metern 17 Zentimeter kleiner und rhetorisch weit unbegabter als sein Vorgänger, im Unterschied zu jenem ein Verächter anhaltenden Verzehrs scharfer Getränke – eben derart der Selbstkontrolle unterworfen, dass er sogar sein Lächeln rationiert an- und absetzt. Gefühle weiß er nun zu verbergen. Er meidet zu Gesprächspartnern den Augenkontakt.

Das Pokerface mag Putin im Geheimdienst erlernt haben, die für sein Land ungewohnte Selbstbeherrschung übt er beim

Hoffnungsschimmer im Chaos

RUSSLANDS BRUTTOINLANDSPRODUKT

Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent



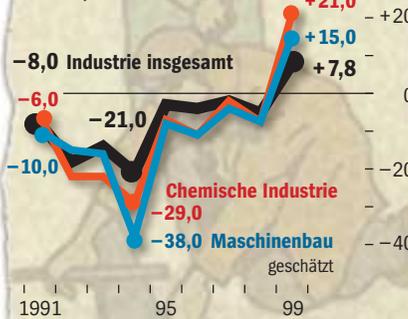
REALLÖHNE- und GEHÄLTER

Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent



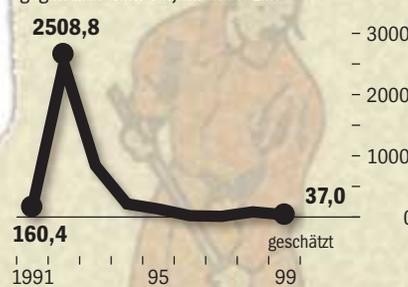
INDUSTRIEPRODUKTION

reale Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent



INFLATIONSRATE

gegenüber dem Vorjahr in Prozent



ARBEITSLOSE

in Prozent



nationalen Kampfsport „Sambo“, waffenloser Selbstverteidigung, und beim Judo, wo er den schwarzen Gürtel trägt – wie er jüngst im Fernsehen vorführen ließ.

Das Energiebündel liebt auch die Ordnung im Detail. Führen Teilnehmer einer von ihm geleiteten Sitzung Einzelgespräche, fährt er sie schon mal an: „Wer es nicht interessant findet, kann gehen.“

Die Zugehörigkeit zum Terrorinstrument KGB, die lebenslang währt, beeinträchtigt Putins Ansehen beim Bürger kaum: Er war in jenem Außendienst, den Sowjetfilme stets als Terrain russischer James Bonds anpriesen, der heroischen „Kundschafter an der unsichtbaren Front“.

Putin verkörpert eine neue Generation, die in den siebziger Jahren, zur Zeit der in Helsinki proklamierten Menschenrechte, ins Berufsleben eintrat und unter Gorbatschow die Chancen der modernen Welt kennen und nutzen lernte. Wie seine Altersgenossen hält er das Sowjetsystem schlicht für überholt und erledigt.

Er konzediert gewisse Errungenschaften, kennt aber den „übermäßigen Preis, den unser Land und sein Volk für das bolschewistische Experiment haben zahlen müssen“. So steht es nun auf einer am 27. Dezember eingerichteten Website (www.pravitelstvo.gov.ru/english).

Sein Urteil über die Verirrungen der Jelzin-Ära aber ist vernichtend. Putin warnt: „Zum ersten Mal in den vergangenen 200, 300 Jahren steht Russland der Gefahr gegenüber, in die zweite und womöglich dritte Klasse der Staatenwelt abzurutschen.“ Putins Lösung: „Russland braucht eine starke Staatsgewalt.“ Immerhin denkt der Jurist an einen „auf die Gesetze gegründeten, arbeitsfähigen Bundesstaat“ mit einer von Korruption freien Bürokratie.

So vollzog sich zum ersten Mal in diesem Jahrhundert ein Machtübergang in Russland, zugleich ein Generationswechsel in einem von der Verfassung gedeckten Verfahren. Bis dahin starben fast alle Reußen-Herrscher im Amt, außer dem gestürzten und danach ermordeten Zaren Nikolai II., dem abgesetzten Chruschtschow und dem nach Zusammenbruch der UdSSR arbeitslos gewordenen Gorbatschow. Der war nicht Sieger eines Putschversuchs der Partei-Betonköpfe gegen ihn 1991, sondern der russische Landesfürst Boris Jelzin: Der zum Antikommunisten gewandelte Politbürokrat löste den Vielvölkerstaat UdSSR auf. Er demütigte Gorbatschow, den Präsidenten der Union, und zwang ihn, vor seinem Landtag ein belastendes Dokument vorzulesen. Die Abgeordneten johlten.

Der Abschied des Präsidenten Jelzin, 68, fast neun Jahre später, und die Beru-

„Erst Putin macht Reformpolitik und besitzt gleichzeitig die nötige Willenskraft“

„Zwangsherrschaft der Oligarchen“

Der US-Sicherheitsexperte Zbigniew Brzezinski über die Folgen des Moskauer Coups

Brzezinski, 71, von 1977 bis 1981 Sicherheitsberater von Präsident Jimmy Carter, ist Professor für Außenpolitik an der Johns-Hopkins-Universität in Washington.

SPIEGEL: Moskaus Medien feiern Putins Amtsübernahme als demokratischen Wechsel, US-Experten sehen ein „staatsmännisches Manöver Boris Jelzins“. Sie sprechen von Staatsstreich. Warum?

Brzezinski: Es ist zwar kein Schuss gefallen, aber ein Coup ist es trotzdem, auch ohne Gewalt. Der Rücktritt Jelzins kam zu Stande durch ein orchestriertes Manöver einer kleinen Gruppe, die die Interessen von Institutionen und Finanzkreisen vertritt. Der ursprüngliche Wahltermin vom Juni wurde vorverlegt – die Verfassung kurzgeschlossen.

SPIEGEL: Haben Putins Gegenkandidaten nun am 26. März keine Chance?

Brzezinski: Die Präsidentenwahl wird schon jetzt zum nationalen Referendum erhoben: Jede Stimme für Putin zählt als Akt patriotischer Gesinnung, jede Stimme gegen Putin als Verrat.

SPIEGEL: Wohin steuert der Interimspräsident? Ist der Ex-KGB-Mann ein Reformler oder ein verkappter Diktator?

Brzezinski: Es wird weder ein Zurück zum Kommunismus der alten Schule geben noch eine Wende zu durchgreifenden demokratischen Reformen. Für die nahe Zukunft wird sich zunächst eine Zwangsherrschaft der Oligarchen durchsetzen. Putins Aufstieg ist dafür der Beweis.

SPIEGEL: Ist Putin dabei aktiver Inhaber der Macht oder bloße Marionette?

Brzezinski: Zurzeit ist Putin noch eine vorgeschobene Figur, der die im Hintergrund agierenden Drahtzieher vertritt. Wenn er jedoch über das nötige Geschick verfügt und die richtigen Be-

ziehungen nutzt, könnte er sich bald zu einer durchaus dominanten Persönlichkeit entwickeln. Ob ihm das gelingt, hängt freilich im Wesentlichen davon ab, wie sich der Krieg in Tschetschenien entwickelt.

SPIEGEL: Neue Plutokraten und alte Apparatschiks: Ist das nicht die unheilvolle Koalition, die Jelzin förderte?

Brzezinski: Das war die Elite, die unter Jelzin aufblühte und später immer mehr an Einfluss gewann: Zu Beginn seiner Karriere war Jelzin noch ein Reformler und populistischer Demokrat. Später degenerierte er zu einem senilen, selten nüchternen Monarchen, ferngesteuert von seiner Umgebung.

SPIEGEL: Hoffnungsträger Putin kann auf eine Mehrheit in der Duma bauen. Hat er damit mehr Spielraum für politische Reformen?

Brzezinski: Nicht Putin verfügt über die parlamentarische Mehrheit, sondern ein starkes Parteienbündnis stützt seinen derzeitigen Kurs. Die Frage bleibt, ob Putin daraus einen persönlichen Machtzuwachs gewinnen kann.

SPIEGEL: Putin braucht einen Erfolg im Tschenien-Krieg. Darf der Westen da einfach wegschauen?

Brzezinski: Nein. Hier sind moralische Werte berührt ebenso wie strategische Fragen, etwa die Stabilität der Kaukasus-Republiken. Und so wie die Behandlung Osttimors durch die indonesische Regierung die Weltöffentlichkeit berührte, kann Tschetschenien kein inneres Anliegen Russlands sein. Genozid ist kein innenpolitisches Problem.

SPIEGEL: Die Stellungnahmen von Präsident Bill Clinton klingen aber eher verhalten.

Brzezinski: Bill Clinton hat sich persönlich durch Stellungnahmen diskreditiert, in denen er die imperialistische Unterdrückung einer kleinen Nation rechtfertigte. Das ist moralisch

skandalös und zeugt von geopolitischer Ignoranz.

SPIEGEL: Wie könnte der Westen in diesem Konflikt intervenieren?

Brzezinski: Niemand will einen neuen Kreuzzug gegen Russland. Aber wenn Putin und seine Genossen einen Völkermord begehen, muss die Reaktion stärker ausfallen als ein vorsichtiges Räuspern. Die Europäer haben gezeigt, wie man ohne dramatische politische Kehrtwendungen systematisch und wirksam die Unzufriedenheit mit Russlands Politik signalisieren kann: Beispielsweise durch die Zurückhaltung von Krediten.

SPIEGEL: Putin möchte Russland als Großmacht wieder auferstehen lassen. Kann ihm das gelingen?

Brzezinski: Russland befindet sich in einer wirtschaftlichen, politischen und biologischen Krise: Mehr Menschen sterben dort, als geboren werden, die Wirtschaft hat nur die doppelte Größe der niederländischen. Russland kann erst dann ein erfolgreicher, moderner Staat werden, wenn es näher an den Westen, näher an Europa heranrückt. Alles Gerede von einem Russland, das sich unabhängig zu einer großen Nation entwickeln wird, in Konfrontation mit dem Westen oder gar in einem mehr rhetorischen als realen Bündnis mit Indien und China – ist Unsinn.

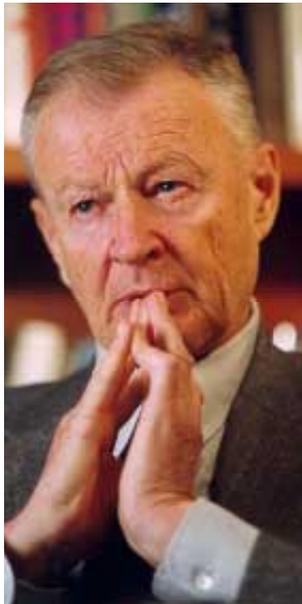
SPIEGEL: Wird Putin nicht – genauso wie Jelzin – versuchen, mit Hilfe Pekings ein Gegengewicht zu Amerikas globaler Dominanz zu schaffen?

Brzezinski: Die Chinesen wissen, dass sie zum Erfolg zweierlei brauchen: Den Zugang zu westlichem Kapital und westliche Technologie. Russland bietet hier keine Alternativen. Und davon abgesehen, wer sollte eigentlich in solch einer Allianz zwischen Peking und Moskau den Senior-, wer den Juniorpartner stellen?

SPIEGEL: Könnte Putin sich gleichwohl verleitet fühlen, Russlands Rolle als Weltmacht mit nuklearem Imponiergehabe einzufordern?

Brzezinski: Atomwaffen helfen nur zum Selbstmord. Sie können als Abschreckung dienen, aber nicht, um politische Perspektiven durchzusetzen. Eine Rückkehr zur Konfrontation der Vergangenheit gibt es nicht.

INTERVIEW: STEFAN SIMONS



Brzezinski

M. SIMON / SABA



Parade-Appell auf dem Roten Platz in Moskau, russische Superrakete „Topol-M“: „Die Gefahr, in die dritte Klasse abzurutschen“

fung Putins zu seinem kommissarischen Nachfolger schlug in den Regierungskanzleien weltweit als Silvester-Rakete ein – niemand hatte diesen Hochsprung des unauffälligen KGB-Manns so schnell erwartet. Dabei war der Machtwechsel im Kreml von langer Hand vorbereitet, „lange und quälend“, wie Jelzin seine Entscheidung beschrieb.

Nur am Schluss ging es holterdiepolter, Jelzin wurde überrascht. Noch am Tag vorher hatte er das Gesetz zur Präsidentenwahl unterschrieben, das den Termin auf den 4. Juni ansetzte. Am Abend ließ er eine Neujahrsansprache von 5 Minuten aufzeichnen, gesendet wurde am nächsten Tag eine neue Rede von 20 Minuten.

Diese Spuren suchte Putin nachher in einem TV-Interview zu verwischen. Er behauptete, schon kurz vor Weihnachten habe Jelzin ihm eröffnet: „Ich habe lange über die Lage im Lande nachgedacht. Ich trete zurück.“

In der vorletzten Woche 1999 äußerte Mitwisser Dmitrij Jakuschkin, Jelzins Sprecher: „Hinter den Schritten des Präsidenten steht mit Sicherheit eine durchdachte Strategie. Was sich auch in den kommenden Ereignissen zeigen wird.“ Es war ebenso oder noch eher Putins Strategie.

In rascher Folge hatte Jelzin die Kandidaten für sein Amt geprüft, indem er sie erst einmal als Regierungschefs sich bewähren ließ – und er hatte sie verworfen: im März 1998 den ehemaligen Gasmanager Wiktor Tschernomyrdin, fünf Monate später den blutjungen Bankmann Sergej Kirilenko. Dann folgte schon von der Geheimpolizei der Senior Jewgenij Primakow. Doch alle, so der Oligarch Boris Beresow-

ski in einem Interview der „Woche“, erwiesen sich als willensschwach: „Erst Putin macht Reformpolitik und besitzt gleichzeitig die nötige Willenskraft.“

In Zeiten der Gefahr hatte sich stets der allwissende, allmächtige Staatssicherheitsdienst als Retter empfohlen. Das war so seit den dreißiger Jahren, als nach der brutalen Kollektivierung Millionen verhungerten und Stalins Machtposition von der eigenen Partei angefochten wurde: Der Tyrann stützte sich fortan auf die Geheimpolizei NKWD – gegen die Staatspartei.

Am Ende der Stalin-Herrschaft wurde der oberste Geheimpolizist Lawrentij Berija derart aktiv – unter anderem wollte er die DDR freigeben –, dass nach neun Monaten seine Parteigenossen ihn töteten. Am Ende der Ära des kranken Breschnew übernahm der KGB-Chef Jurij Andropow die Geschäfte und versuchte, das verdorrnde Regime zu renovieren. Der selbst schwer kranke Andropow stieß schließlich den wirklichen Reformen Russlands, Michail Gorbatschow, nach oben. Für Andropow ließ Putin am KGB-Hauptquartier Lubjanka eine Gedenktafel anbringen, als er 1998 Chef des dort weiter tausenden Geheimdienstes FSB wurde.

Gerade hatte Jelzin sich von Primakow, dem vormaligen FSB-Chef, getrennt, Polizeigeneral Sergej Stepaschin übernahm die Regierung. Putin stieg zusätzlich auch noch zum Sekretär des Sicherheitsrats auf, der alle Gewaltinstrumente des Staates anleitet – Armee, Polizei, Geheimdienste.

Und diese Werkzeuge vertrauten ihm, dem bewährten Mitstreiter, der ihnen die Gelegenheit zur Revanche für den 1996 verlorenen Tschetschenien-Feldzug verschaffte. Putin gewann damit ein Maß an

realer Macht, das bereits die formalen Befugnisse des Präsidenten übertraf.

Nach drei Monaten feuerte Jelzin auch den Premier Stepaschin: Der mochte die zweite Kaukasus-Kampagne, ein Kriegsverbrechen, nicht mitmachen, zumal Tschetscheniens Staatschef Maschadow ihm zweimal das Leben gerettet hatte. Außerdem deutete Stepaschin an, ihm sei vom Präsidentenstab Unzumutbares angetragen worden – was das war, schien klar: Er sollte die Korruption im Umfeld des Präsidenten decken, gar amnestieren.

Russlands Generalstaatsanwalt Skuratow war der Baufirma Mabetex des Kosovaren Pacolli auf der Spur. Die hatte für 90 Millionen Dollar den Kreml renovieren dürfen und dafür der Jelzin-Familie Konten in der Schweiz zur freien Verfügung eingerichtet.

Putins FSB aber ermittelte gegen Skuratow und wusste schon, wie man sich des Fahnders leicht erwehren konnte. Ein Video tauchte auf, das einen Skuratow ähnlichen Freier mit zwei Prostituierten im Bett zeigte. Die Aufnahmen sendete das Fernsehen, Skuratow wurde suspendiert.

Kaum folgte Putin im August Stepaschin im Regierungsamt, da flogen die Wohnhäuser in die Luft. Wer die Attentate ausführte, ist bis heute ungeklärt. Zwei Bomben zündeten nicht: In Rjasan fanden sich in einem Keller drei Säcke mit Hexogen-Sprengstoff, 240 Hausbewohner wurden in ein Kino evakuiert. Da gab der Geheimdienst FSB zu, die Bomben selbst deponiert zu haben, um „Engpässe in der Tätigkeit der Rechtsorgane“ aufzudecken – genauso wie in Saratow, wo sich eine Aktentasche mit einer Höllenmaschine vor einer Lotteriebude anfan-

Mit der Terrorserie rechtfertigte Putin die Strafexpedition gegen Tschetschenien;

In Zeiten der Gefahr hat sich stets der Staatssicherheitsdienst als Retter empfohlen

Griff nach dem Öl

Für Russlands Übergangspräsident Wladimir Putin ist der Tschetschenien-Krieg mehr als eine „Antiterror-Aktion“ – als eigentlicher Gegner am Kaukasus gilt der Westen.



Ölfeld vor Baku: „Überragendes Ziel amerikanischer Außenpolitik“

Die Dame, die im September 1992 in einem Hotel der aserbajdschischen Hauptstadt Baku abstieg, war den örtlichen Machthabern wohl bekannt. Doch Margaret Thatcher war ganz privat im Kaukasus unterwegs.

Die einstige britische Premierministerin hatte zwei Schecks über 30 Millionen Dollar im Gepäck, ausgestellt von der Ölgesellschaft British Petroleum. Empfänger: die Führung der eben unabhängig gewordenen Sowjetrepublik.

Das Geld war eine Investition in die Zukunft. Schon vor der Implosion des Sowjetreiches hatten Experten vor Baku neue Ölvorkommen im Festlandssockel des Kaspischen Meeres entdeckt: angeblich 14 Milliarden Fass, rund zwei Milliarden Tonnen – ein Schatz im Wert von etwa 330 Milliarden Dollar.

Kaum waren die Briten vor Ort – sie hatten bereits 100 Jahre zuvor das erste Öl aus dem Kaspisee gepumpt –, da folgten die Amerikaner nach. Aserbajdschans alerter Staatsführer Gejdar Alijew lockte mit der Aussicht auf riesige Gewinnmargen zum „Jahrhundertgeschäft“.

Allein, das wussten die Aseri, konnten sie die Felder nicht erschließen, mit dem früheren Vormund Moskau jedoch mochten sie nicht teilen. So holten sie den Westen ins Boot. Feierlich wurde 1994 das erste internationale Förderkonsortium präsentiert – die Öl-Multis verpflichteten sich, bis 2010 über sieben Milliarden

Dollar zu investieren. Drei Monate später begann der erste Tschetschenien-Krieg.

Russland, über hundert Jahre als Kolonialmacht, dann als Zentrale des Sowjetreiches dominierende Kraft der Region, war durch die Öl-Offensive des Westens aufs Höchste alarmiert. Es hatte bis 1991 die Felder im Kaspischen Meer und den gesamten Öltransport kontrolliert. Über eine große Pipeline wurde das Naphtha von Baku in den russischen Schwarzmeerhafen Noworossiisk gepumpt – direkt durch die Tschetschenien-Hauptstadt Grosny.

Die ebenfalls nach Unabhängigkeit strebenden Tschetschenen freilich hatten die Pipeline inzwischen als bequeme Finanzquelle entdeckt: Nach Belieben zapften sie den Ölstrom an oder drehten die Register zu – der strategisch wertvolle Kaukasus drohte den Russen aus der Hand zu gleiten.

Der westliche Griff nach dem Öl erinnerte den Duma-Abgeordneten Wiktor Iljuchin an den bedrohlichen Vormarsch der deutschen Wehrmacht 1942 auf Baku. Hitler hatte versucht, das einst größte Fördergebiet einzunehmen und die Rote Armee durch Treibstoffmangel in die Niederlage zu treiben – mit den Schlachten von Stalingrad und im Nordkaukasus vermochte Stalin das Blatt noch zu wenden.

Heute, so hat es Madeleine Albright seinerzeit noch als Uno-Botschafterin vor Abschluss des „Jahrhundertvertrages“ verkündet, steht Washington als „Garant

der Stabilität“ im Kaukasus bereit – ein klarer Hinweis, dass die USA das Gebiet als Zone „nationalen Interesses“ verstehen und die Loslösung Georgiens und Aserbajdschans von Moskau „überragendes Ziel amerikanischer Außenpolitik“ ist, wie Ex-Sicherheitsberater Zbigniew Brzezinski bestätigt.

Boris Jelzin fühlte sich herausgefordert: Im Uno-Sicherheitsrat beklagte er den Vormarsch „ausländischer Agenten“ im Kaukasus. Weil der Status des Kaspischen Meeres ungeklärt sei, erklärte er den Ölvertrag von Baku anfangs für null und nichtig. Später drohte er vor der Uno mit einer gewaltsamen Lösung des Problems.

Dann rief er Militärs und Geheimdienstler zum Handeln auf. Die unterstützten nach Kräften Putsch- und Attentatsversuche in Tiflis und Baku und schürten die zahlreichen lokalen Konflikte im einstigen Hinterhof des Kreml – um die Kontrolle über die Ölregion zu halten.

Als Geste der Versöhnung nahm das Konsortium von Baku den russischen Lukoil-Konzern in seine Reihen auf und versprach, für den Export auch die Pipeline nach Noworossiisk zu nutzen – jene über Tschetschenien. Ein Grund mehr für den Kreml, in der abtrünnigen Kaukasusrepublik endlich Ordnung zu schaffen.

Doch der erste Tschetschenienkrieg endete im Debakel; eilends begann Moskau, um den Rebellen Sprengel herum eine Ersatzpipeline zu bauen. Die Niederlage

kam den Amerikanern zupass. 1999, kurz vor Ausbruch des zweiten Tschetschenienkrieges, nahm das Konsortium eine südliche Trasse in Betrieb, die russisches Gebiet nicht mehr berührt.

Während Moskau seine Ansprüche mit roher Gewalt durchzusetzen versuchte, zog Washington die Kaukasusstaaten mit geschickter Diplomatie, viel Geld und dem Versprechen auf seine Seite, sie unter den Schutz der Nato zu stellen.

Im April 1999 verließen nicht nur Aserbaidschan und Georgien das Sicherheitsbündnis der GUS, auch die Usbeken folgten – den Amerikanern war es gelungen, selbst den wichtigsten Staat im ehemaligen sowjetischen Mittelasien aus der alten Sowjet-Phalanx herauszubringen. Schließlich forderte Präsident Eduard Schewardnadse die Russen auf, die letzten Militärbasen in Georgien aufzulösen.

Die größte Ohrfeige wurde dem Kreml im November 1999 verpasst: Auf dem OSZE-Gipfel von Istanbul besiegelten die Türkei, Aserbaidschan und Georgien den Bau der Hauptpipeline für den Ölexport aus Baku und die Errichtung einer Gaspipeline aus Turkmenistan – über Georgien in den türkischen Mittelmeerhafen Ceyhan. Huldvoll wohnte US-Präsident Clinton der Zeremonie bei, die Russen standen vor der Tür.

Die Trasse, fünf Milliarden Mark teuer, ist wirtschaftlicher Nonsens: Der Weg über Russland oder Iran wäre billiger. Doch wenn sie steht, ist Russlands Transportmonopol für Öl und Gas endgültig dahin, Moskau verliert seinen wichtigsten geopolitischen Trumpf in Mittelasien.

Kein Zufall, dass Geheimdienstler Wladimir Putin, kaum in den Kreml eingedrückt, das Ziel des gegenwärtigen Tschetschenienkrieges umzudeuten begann: Jetzt ist nicht mehr vom Kampf gegen „Terroristen“ die Rede, sondern davon, den „Zerfall des Landes“ zu stoppen.

Tschetscheniens Abfall wäre eine Katastrophe, warnt Duma-Abgeordneter Iljuchin: Nicht nur der Kaukasus käme ins Wackeln, auch die Südpervenzen Stawropol, Rostow und Astrachan. In der Folge würde Russland sogar von seinen Häfen am Schwarzen und am Kaspischen Meer abgeschnitten – „und ins 16. Jahrhundert zurückgeworfen, in die Epoche Iwans des Schrecklichen“.

„Russland hat nichts mehr zu verlieren“, feuerte die Moskauer „Unabhängige Zeitung“ den Kriegspremier an: Tschetschenien müsse ruhig gestellt, zugleich der Druck auf die Nato-hörigen Länder Georgien und Aserbaidschan erhöht werden. Das wäre der Beginn des nächsten Kalten Krieges zwischen Ost und West.

CHRISTIAN NEEF

populär-vulgär versprach er, jeden Terroristen „auch auf dem Lokus kaltmachen“ zu lassen. In Moskau kursierte schon das Szenario, wie Putin auch noch an die Stelle Jelzins treten könne; dessen agile Tochter Tatjana Datschenko, hieß es, suche ihren Vater zu einem Deal zu bewegen:

Sobald Putin die bewaffneten Kräfte von Armee, Polizei und Staatssicherheit hinter sich wisse und auch beim Volk ankomme – was ihm mit der Belagerung Grosnys gelang –, solle der Präsident aus Gesundheitsgründen seinen Abschied nehmen. Dann könne der Premier laut Verfassung ein Vierteljahr lang auch als geschäftsführendes Staatsoberhaupt fungieren und mit diesem Bonus seinen Wahlkampf um die offizielle Jelzin-Nachfolge führen (SPIEGEL 48/1999).

Jelzin trete auf diese Weise nicht als traurige Gestalt von der Bühne ab, Putin sei als Einziger bereit und in der Lage, dem Jelzin-Clan einen ruhigen Lebensabend zu garantieren – frei von peinlichen Enthüllungen und möglicherweise sogar Strafverfolgung.

Eine solche Amnestie kann sich auch andernorts ein Politiker a. D. nur wünschen. Für diesen ungewöhnlichen Handel stand nur der Termin noch nicht fest. Ende November orakelte Ex-Geheimdienstler Primakow, die im Juni 2000 fällige Präsidentenwahl würde „auf einen früheren Termin“ verschoben.

Die Geheimwaffe Kompromat zündete wieder. Die Moskauer „Wersija“ veröffentlichte das Faksimile mit der angeblichen Unterschrift Jelzins als einem Zeichnungsberechtigten für das Konto 182605 bei der Schweizer Gotthard Bank. Darüber verfügte Präsidenten-Buchhalter Borodin.

Da gestand Mabetex-Chef Pacolli, von dem Konto habe sich die Familie Jelzins bedient. Doch womöglich ist das nur eines von einem Dutzend Konten, auf denen laut „Newsweek“ über 15 Millionen Dollar liegen sollen. Die Garotte um den Hals des Präsidenten zog sich immer enger.

In der Nacht vor der Duma-Wahl vom 19. Dezember ging Putin in die Lubjanka, um den Gründungstag der Tscheke zu feiern, Vorläufer von NKWD, KGB und FSB. Wer in dieser Tradition steht, nennt sich stolz „Tschekest“. Als Tage zuvor auf der Silberhochzeit eines KGB-Kameraden Primakow in einem Toast aufgefordert hatte, Tschekest mögen sich erheben, stand auch Gast Putin auf.

In der Lubjanka soll Putin seinen versammelten Kollegen verkündet haben: „Das Vorauskommando, das Sie in die Regierung delegiert haben, hat die erste Etappe der Aufräumarbeiten erfolgreich gemeistert.“ Ein Zuhörer definierte die nächste Etappe: „Schließlich ist einer von uns dabei, Präsident zu werden.“

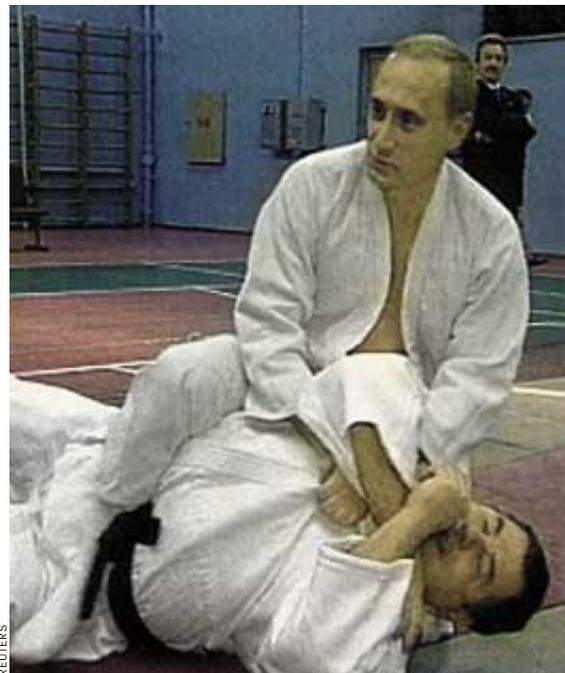
Die Parlamentswahl am nächsten Tag brachte den Triumph einer für Putin aus dem Boden gestampften Partei namens



Begleiter des Oberbürgermeisters Sobtschak in London (1991)



Vizebürgermeister mit Gast Prinz Charles (1994)



Judo-Sportler im Fernsehen (1999)



Rivalen Sjuganow, Putin, Primakow (1999)

Aufsteiger Putin
„Geheimdienstler statt Zivilisten“



SIPA PRESS

Jelzin, Töchter Tatjana, Jelena: Konto in der Schweiz

„Einheit“, ein Produkt des staatlichen Fernsehens ORT, das aus Tschetschenien ausschließlich Erfolge meldete und Putin als Sieger präsentierte – die beste Startposition auch für eine vorgezogene Präsidentenwahl gegen Herausforderer wie Primakow oder den Kommunisten Gennadij Sjuganow. Auch Russen lieben Sieger.

Fünf Tage nach der Wahl plauderte einer den Termin für den Showdown aus, den 31. Dezember. Alexander Schochin, als ehemaliger Vizepremier immer noch gut informiert, enthüllte der Moskauer Zeitung „Sewodnja“: Wenn Boris Jelzin „Putin als Präsidenten sehen möchte, so ist es besser, ihm drei Monate lang die Möglichkeit zu geben, dieses Amt geschäftsführend zu bekleiden“.

Schochins Vorbehalt: „Der Präsident ist ein Mensch, der das Risiko liebt.“ Er könne auch das Experiment wagen, alles bis Juni hinzuziehen, „ohne genau zu wissen, wie die tschetschenische Operation aussehe, und die Gefahr ignorieren, dass Sanktionen verlangt werden könnten“, welche Russland um die nötigen Finanzspritzen aus dem Westen bringen.

Die Regisseure der Wende aber waren sich ihrer Sache sicher. Am übernächsten Tag, dem 26. Dezember, erschienen Kreml-Absandte bei dem Staatspensionär Gor-

batschow und erkundigten sich, ob er bereit sei, die ihm von der Regierung zur Verfügung gestellte Datscha einem Staatspensionär Jelzin abzutreten. Das brachte Gorbatschow zu dem Verdacht, Jelzins enger Umkreis hätte sich die „Operation Putin“ ausgedacht und den Präsidenten dazu gebracht aufzugeben: Tochter Tatjana (die freilich damit ihren Beraterposten verlor), der Präsidentenstab, die Großfinanziers und Ratgeber Beresowski und Abramowitsch – und eben der adoptierte Putin.

Gorbatschow ist überzeugt: „Sie haben ihn faktisch rausgeworfen.“ Nur selten arbeitsfähig, taugte Jelzin demnach nur noch

als Tauschware gegen eine Begnadigung. Am Silvestermorgen erschien der malade Präsident eine halbe Stunde früher als sonst in seinem Kreml-Büro, redete mit Putin und ließ die zweite Fassung seiner Neujahrsbotschaft filmen – nun eine Abschiedsrede an sein Volk.

Darin ließ er durchblicken, dass er gar nicht aus so ganz freien Stücken abtrat. Der laut Verfassung reguläre Juni-Termin für die Neuwahl des Präsidenten „wäre sehr wichtig für Russland gewesen“, darauf bestand Jelzin. Er habe diesen Zeitpunkt gewollt: „Wir hätten einen lebenswichtigen Präzedenzfall geschaffen für eine zivilisierte, freiwillige Übergabe der Macht von einem Präsidenten Russlands zum anderen, zu einem neu gewählten.“

Warum kam es anders? „Ich habe erkannt, dass ich es tun muss ... Soll ich mich noch sechs Monate an die Macht klammern?“ Da es den starken Mann Putin gebe – „wozu soll ich ihm im Wege stehen?“

Jelzin sagte noch mehr, aber der Film wurde mindestens zweimal geschnitten. Auch in der zensierten Fassung bestand Jelzin darauf, dass er nicht der Gesundheit wegen weiche: „Ich gehe wegen der Gesamtheit der Probleme.“

Am Ende ließ der alte, waidwunde Bär ein Wimmern vernehmen, das alle Herzen

zu brechen vermochte: Zar Boris schuf sich einen grandiosen Abgang durch eine andernorts nie gehörte Entschuldigung beim Volk („Meine Lieben“). „Ich bitte um Vergebung dafür, dass viele Ihrer Erwartungen enttäuscht wurden“, lautete die von den Russen immerdar hoch geschätzte Reue: „Teilweise war ich zu naiv.“ Jelzin zog einen Finger unter das linke Auge, als sei da eine Träne wegzuwischen.

Wie Boris Jelzin im dunklen Wolltuch-Mantel aus dem Kreml hinaustrat in ein leichtes telegerechtes Schneetreiben – das muss den Regisseuren des neuen russischen Staats-Theaters, Spielzeiten 1991ff., schon ein seltenes Hochgefühl bereitet haben.

Noch das letzte, ohnmächtige Hinüber-tappen des einstigen Siegers über Panzer und Putschisten in dunkle russische Zukunft verstanden sie hinzuschminken: zum patriotischen Willensakt jenes ehernen Selbstherrschers, als den sie ihn mehr als drei Jahre lang vor dem Volk virtuell konserviert hatten.

Jene Darbietungen fortschreitender Orientierungslosigkeit, welche selbst beinhardt Kreml-Dramaturgie der Öffentlichkeit nicht immer hatte verbergen können, wurden stets und meist erfolgreich zu verzehlichen Folgen schwerer Überarbeitung, großer Müdigkeit oder tückischer grippaler Infekte heruntergeredet.

Einen seiner früheren Pressesekretäre ließ er bei einem Schiffsausflug zum Gaudi der Bodyguards über Bord in die Wolga werfen, einen späteren Sprecher erkannte er zeitweilig gar nicht mehr und schickte ihn auf die Suche nach sich selbst. Schon nach kurzen Auftritten fragte er hörbar bei seinem Protokollchef nach, wann es denn endlich den versprochenen „Schluck“ gäbe – Kleinigkeiten, die nicht der Erwähnung wert wären, rundeten sie nicht das allgemeine Bild von einem Machtmenschen, der in den letzten tausend Tagen seiner Karriere immer mehr zur Marionette kunstfertiger Puppenspieler wurde.

Gewiss, sie gaben ihm, was er außer dem „Schluck“ am notwendigsten brauchte: die süße Droge unentwegter Schmeichelei. Sie genossen es, wenn er mitunter bei Näherstehenden wie ein Kind besorgt nachfragte: „Nicht wahr, ich bin euer Zar?“

Oder wenn ihn der kitschige Prunk seiner mit Millionen Dollar Aufwand restaurierten Palasträume so gefangen nahm, dass er selbstverliebt vor sich hin schwadronierte, Zar Peter der Große „wäre vielleicht nicht nach Petersburg fortgezogen, wenn er das alles so hätte sehen können“.

Wladimir Putin ist relativ spät in diese Wahnwelt des Kreml einbezogen worden. „Er war“, wie es ein ehemaliger Jelzin-Berater ausdrückt, „der Robespierre in unserer kleinen, ziemlich zynischen Bande.“



H. BENSON

Finanzmann Beresowski auf dem Roten Platz
Wahlhilfe für einen Favoriten



Offiziersveteranen in Moskau: „Russland braucht eine starke Staatsgewalt“

Zar Boris händigte Putin die eigentliche Krone aus, jenen zehn Kilo schweren Samsonite-Koffer mit einem Funkgerät, welches den Leitständen der Atomraketen das Einverständnis des Präsidenten signalisiert, ihr Teufelszeug zu zünden. Als Jelzin den Kreml verließ, laut Putin „sehr traurig“, stießen die von ihm erfundenen Gardien im Kostüm schon nicht mehr, wie üblich, ins Horn. Der Ruheständler mahnte noch seinen Nachfolger: „Hüten Sie Russland!“

Putin setzte seine schwungvolle Unterschrift, die sich nach oben bewegt wie die Bahn seiner Karriere, unter seinen ersten Ukas, der seine Amtsübernahme festschreibt, dann unter den zweiten den Preis dafür: Er stellte Jelzin unter den Schutz des Staates, was ihn lebenslänglich vor Strafverfolgung bewahrt, sogar vor Vernehmungen und Durchsuchungen.

Die Immunität seiner Wohnung schützt auch seine Angehörigen – wenn sie sich dort aufhalten, was einem Hausarrest gleichkommen könnte. Der Entmachtete

behält Leibwächter, Dienstwagen, Telefonanlage und bekommt die Staatsdatscha sowie ein Arbeitszimmer im Kreml. Er bezieht eine Pension von umgerechnet 1000 Mark im Monat, drei Viertel seiner bisherigen offiziellen Bezüge.

Damit brach Putin freilich schon das Versprechen aus seiner eigenen Neujahrsansprache, jeden Versuch zu verhindern, den Rahmen der Gesetze und der Verfassung zu verlassen. Seinem Erblasser, der drei Herzinfarkte überstand und fünf Bypässe trägt, wünschte Putin Gesundheit und Glück, seinem Volk aber noch mehr: Wärme und Liebe. Als wolle er sofort die Asche der alten Zeit von seinen Schuhen schütteln, fiel der Dank an den Vorgänger doppeldeutig aus: Wirklich festzustellen, wie viel Jelzin für Russland getan habe, werde „erst nach einiger Zeit möglich sein“.

So distanzierte er sich von dem Mann, dem es gelungen war, Russlands Übergang vom Kommunismus zum Kapitalismus ohne Bürgerkrieg zu vollziehen, ohne Zu-

stände wie beim Zerfall Jugoslawiens, ob schon er zwei blutige Kaukasus-Kriege führte. Er hatte freie Wahlen besichert und ein Parlament, das er 1993 allerdings auch mit der Artillerie zur Ordnung rief.

Er hatte mit einer riskanten Schocktherapie die Läden gefüllt und die Käufer-schlangen verschwinden lassen. Aber das verarmte Volk konnte sich all die Glitzerdinge aus dem Westen, deren Import die eigene Produktion abwürgte, kaum leisten. Die Filetstücke der Volkswirtschaft lieferte er ein paar Finanzhyänen aus, und wenn er dafür Provision bezog, braucht er dank Putin keine Rechenschaft mehr abzulegen.

In seinem letzten, dem vierten SPIEGEL-Gespräch im vorigen Juni, zeigte Jelzin sich bei der Frage, wie er in die Geschichtsbücher eingehen wolle, bereits bußfertig: „Nicht nur schwarz und nicht nur weiß. Künftige Generationen sollen die Wahrheit über unsere komplizierte Zeit erfahren – mit all ihren Siegen und Niederlagen, all ihren Fehlern und Großtaten.“ Der nächste Präsident bleibe den Idealen der Freiheit und Demokratie treu.

Das versprach Putin auch, der nach Lenin und Gorbatschow dritte Jurist an Russlands Spitze. Er kündigte an, außer Jelzin würden auch „Redefreiheit, Gewissens- und Pressefreiheit und das Recht auf Besitz und Eigentum, diese grundlegenden Elemente einer zivilisierten Gesellschaft, zuverlässig vom Staat geschützt“.

Gelten solche Rechte auch in Grosny? Putin weiß, dass der Tschetschenien-Krieg gegen die Menschenrechtskonvention des Europarats – dem Russland angehört – ebenso eindeutig verstößt wie gegen den Vertrag über konventionelle Streitkräfte von 1990. Der Vorwand, mit Raketen und einem 100 000-Mann-Heer statt mit der Kriminalpolizei gegen Terroristen vorzugehen, ist entfallen, da es nicht gelang, auch nur einen Hauptbanditen festzunehmen und vorzuführen; kein Bombenleger gegen die Wohnblöcke in Moskau wurde ausgemacht außer dem FSB selbst.

So gab Putin jetzt einen neuen Kriegsgrund an: „Es geht darum, dem Zerfall Russlands ein Ende zu setzen.“ Eine freimütige Domino-Theorie: Mithin handelt es sich um die Niederschlagung eines Anspruchs auf Selbstbestimmung, der demnach auch in anderen Teilen der Föderation hochkocht.

Putin hofft, dass ihn die nationale Aufwallung wegen seines harten Durchgreifens bis zu der Präsidentenwahl trägt. Auch deshalb die Eile: Prolongiert er den Krieg, der schon zu Silvester einen Sieg hatte bringen sollen, um ein weiteres Vierteljahr, kann er Niederlagen nicht ausschließen;

US-Außenministerin Albright glaubt, Putin sei wirtschaftlich ein „Spitzenreformer“

vorigen Mittwoch überraschten die Rebellen mit einer Gegenoffensive.

Das Fernsehen in Moskau zeigte russische Leichen vor Grosny und sprach von hunderten Gefallenen. Zu den offiziellen Zahlen des Militärs kommen noch die der Truppen des Innenministeriums und summieren sich auf tausend eigene Opfer – eine höhere Todesrate als einst im schändlichen Afghanistan-Krieg.

Vorsichtshalber erkundigte sich Putin an seinem ersten Amtstag als Präsident sogleich beim Vorsitzenden des Verfassungsgerichts, Marat Baglai, ob er nicht früher als am 26. März wählen lassen könne. Baglai gab ihm Recht. Der Föderationsrat aber beharrte auf dem 26. März.

Noch fast ein Vierteljahr Zeit, drei Monate Krieg – eine immer schwieriger werdende Last. Ließe der neue Staatschef seine gerühmte Klugheit walten, dann würde er möglichst rasch das Kaukasus-Abenteuer zu beenden suchen.

Flattert die russische Fahne nur einen Tag über den Ruinen von Grosny, könnte er mit dem Tschetschenen-Präsidenten Aslan Maschadow, 48, den Dialog beginnen: Den General, der als Sowjetoberst 1991 das Fernsehzentrum in Vilnius mit gestürmt und 1995 Grosny gegen die Russen verteidigt hatte, wählten 59 Prozent der Tschetschenen 1997 zu ihrem Staatsoberhaupt. Jelzin gratulierte ihm dazu, doch die zugesagte Moskauer Wiederaufbauhilfe blieb aus. Da konnte Maschadow sich gegen die Scharfmacher im eigenen Lager nicht mehr durchsetzen. Er drängt noch immer auf Verhandlungen, unter Teilnahme eines internationalen Vermittlers. Er ist zu Kompromissen bereit.

Zu Maschadow, den er exakt zwei Monate zuvor für abgesetzt erklärt hatte, nahm Putin am 2. Dezember Kontakt auf und traf sich schon mit einem Emissär aus Grosny. Als Voraussetzung für Friedensverhandlungen nennt Igor Schabdurassu-

low, Vizechef des Präsidialamts, nur noch den Verzicht Tschetscheniens auf Selbstständigkeit – von früheren Bedingungen wie Auslieferung des Feldkommandeurs Schamil Bassajew ist nicht mehr die Rede.

Ob die Muslim-Kämpfer im Falle eines Arrangements den Partisanenkrieg fortsetzen, hängt auch davon ab, ob es stimmt, dass Drahtzieher in Moskau sie unterstützten und der ganze Krieg danach nur eine böse Fantasia war, die Putin an die Macht bringen sollte. Dem steht das russische Staatsinteresse entgegen, seinen Einfluss im Kaukasus und den Zugang zum Öl zu behalten (siehe Seite 116). Und offen bliebe, ob die russischen Generäle auch auf ihren Krieg verzichteten, wenn sich ein Debakel abzeichnet.



Roter Platz in Moskau (Silvester 1999): Rakete in die Kanzleien

Marschall Igor Sergejew, der Verteidigungsminister, lässt freilich neuerdings so etwas wie Einsicht erkennen: Einen „Frontalangriff“ auf Grosny werde es nicht geben, „die Operation – ihre aktive Phase – geht auf ihr Ende zu“. Vorigen Freitag wurden die Bombardements eingestellt, die beiden Befehlshaber abgesetzt. Sergejew bemerkt nun auch die eigentliche Ursache des ganzen Tschetschenien-Problems einschließlich der Neigung vieler Landeskinde-der zur Kriminalität: extreme Arbeitslosigkeit und soziale Verzweiflung.

„Es ist notwendig, die Grenzen zu festigen“, äußerte er am 29. Dezember im russischen Fernsehen, „humanitäre Bedin-

gungen zu schaffen, den Menschen die Möglichkeit zu geben, einer Arbeit nachzugehen, damit sie wenigstens ein wenig Geld verdienen.“

Klingt da der Grundton einer neuen Melodie an? Putin genießt Vorteile, die seinem Amtsvorgänger versagt blieben: Unter Putin kann sich eine russische Regierung zum ersten Mal auf eine Mehrheit im Parlament stützen. Er hat auf seiner Seite die Einheitspartei, die Rechts-Union und Teile des auseinander brechenden Wahlbündnisses Vaterland-Allrussland, wohl auch Schirinowskis Rechtsradikale.

Selbst viele Kommunisten zeigen sich heute sachorientiert und systemtreu. Somit könnte eine Putin-Regierung die Steuer-gesetze und Rechtsreformen durchbringen, welche die alte Duma Jelzins Kabinetten verweigert hatte.

Nicht viel versteht der Neue von der Wirtschaft, obwohl seine Diplomarbeit das Außenhandelsrecht betraf, die Meistbegünstigungsklausel. US-Außenministerin Madeleine Albright glaubt gleichwohl, er sei wirtschaftlich ein „Spitzenreformer“.

Der „Union der rechten Kräfte“ seines Förderers Tschubais hat er die Realisierung ihres auf freien Kommerz ge-

richteten Programms zugesagt. „Er ist ein überzeugter Anhänger der Marktwirtschaft“, meint sein Lehrer Sobtschak. „Im Gegensatz zur Mehrheit der russischen Politiker kennt er das westliche Modell des wirtschaftlichen und politischen Lebens nicht von außen, sondern von innen.“

Sollte die KGB-Spionage sich noch als ein Vorteil nicht nur für Russland, sondern auch für seine Partner im Westen herausstellen? Dann hat der Drang der Dresdner DDR-Verweigerer in ein besseres Leben ihren Agentenwerber umgedreht.

Unmittelbar vor seinem Griff nach der Macht, in der letzten Dezemberwoche, begab sich Putin auf eine Betriebsversamm-



FOTOS: AP (L.), REUTERS (re.)

Putin mit Ehefrau Ljudmila bei der Truppe zu Neujahr, beim russischen Weihnachtsfest am 6. Januar: „Er kennt das westliche Modell“

lung des Eisenbahnministeriums und stellte harte Fragen: Warum fleht die Bahn um Subventionen, gewährt aber ausgesuchten Kunden deftigen Rabatt? Warum treibt sie Berge unbezahlter Rechnungen nicht ein? Warum kauft sie Schienen von Japan, derweil Russlands Stahlkocher ohne Arbeit sind und Vorzugspreise anbieten?

Putin hatte sich also über Details kundig gemacht. Er hat begriffen: „Nur durch Gelddrucken kann man nicht reich und glücklich werden.“ Laut Website ist ihm auch nicht entgangen, dass die Privatisierung durch Freund Tschubais gescheitert ist: Wachse das Sozialprodukt in den nächsten anderthalb Jahrzehnten um acht Prozent im Jahr, erreichten die Russen den heutigen Lebensstandard Portugals.

Die alten Direktoren aus der Planwirtschaft schnapten sich ihre Staatsbetriebe und werkelten so weiter wie gewohnt. Mit denselben unzulänglichen Maschinen und Mitarbeitern stellen sie dieselben Waren her, die weiterhin niemand will. Resultat nach beinahe neun Jelzin-Jahren: Das Sozialprodukt hat sich halbiert, fast die Hälfte erbringt die Schattenwirtschaft, die keine Steuern zahlt. Die Industrieproduktion ging um fast 60 Prozent zurück.

Heute lebt der russische Staat wie ein Entwicklungsland vom Verkauf seiner Rohstoffe. Doch vom privatisierten Erlös und Vermögen flossen schätzungsweise 350 Milliarden Dollar in den Westen und seine Steueroasen, im letzten halben Jahr jeden Monat anderthalb Milliarden Dollar. Und jeder vierte Russe vegetiert unter der Armutsgrenze.

Endlos dürfte sich auch das russische Volk nicht über seine materielle Existenzkrise mit militärischen Fanfaren hinweg-

trösten lassen. Dass dieser Scherbenhaufen sich nicht mehr mit neoliberalen Rezepten bewältigen lässt, ist Putin wohl klar.

„Jedes Land muss seine Wege der Erneuerung finden“, sagt er, „wir haben es dabei noch nicht weit gebracht.“ Georgij Satarow, sein früherer Kollege in der Präsidentschaftsverwaltung, ist sich sicher, dass der neue Präsident sich rasch mit einem Team junger und unverbrauchter Wirtschaftsfachleute umgibt und mit Unterstützung der Duma Reformen vorantreibt – ein Bodenrecht, das den Verkauf von Land gestattet, ein neues Sozial- und Rentensystem, auch Mietsteigerungen und Steuer-senkungen.

Nur unbestimmt proklamiert Putin selbst „staatliche Regulierungen der Wirtschaft und der sozialen Sphäre“, was sich als soziale Marktwirtschaft verstehen lässt. Ein starker Staat, beharrt er, sei für die Russen „nicht unnormal“, vielmehr „ein Quell und Garant der Ordnung, Initiator und treibende Kraft aller Veränderungen“.

Sein eigenes Schicksal und das seines Landes hängt davon ab, ob es ihm gelingt, sich von den Wirtschaftsgewaltigen frei zu machen, die über die Kommandohöhen der Wirtschaft und der Medien verfügen und einem Favoriten die Wahlen finanzieren – um ihr eigenes Vermögen zu mehren, derweil Russland niedergeht.

Oder ob auch er nur ihre Geschäfte besorgt. Forderungen nach einer Korrektur der Privatisierung, einer neuen Umverteilung, weist Putin als „extremistische Positionen“ zurück. Und er braucht, das weiß er, die Zuwendungen aus dem Westen.

Hinter allem Großmachtgehabe zur inneren Konsolidierung verbirgt sich die Staatsräson, eine Konfrontation mit dem

Westen zu vermeiden. Im Fernsehen tön-te er: „Wir müssen uns klar werden, was wir wollen – das Land zwischen Schwarzem Meer und Kaspischem Meer behalten? Oder Auslandskredite? In diesem Fall entscheiden wir uns für den Landerhalt.“

Russland-Kenner „Mischa“ Wolf glaubt, dass der Westen mit Putin kein so leichtes Spiel haben werde wie mit dessen polterndem Amtsvorgänger. Der werde sich „sehr konservativ-russisch geben, also fast kommunistisch“, sieht der frühere DDR-Spionagechef das Ende ost-westlicher Sausen und Saunafreundschaften: „Das Land weiter zu korrumpieren und wirtschaftlich zum Anhängsel der USA zu machen, ist bei den Russen heute nicht länger drin.“

Immerhin: Auf dem Oktober-Gipfel mit der EU-Führung in Helsinki gab Putin den russischen Wunsch zu Protokoll, sich nicht nur wirtschaftlich, sondern auch sicherheitspolitisch an die EU anzulehnen.

Und als sich Jelzin Anfang Dezember in Peking zum Kampf bereit erklärte, „vor allem mit den Westlern“, und auf sein Atomwaffenarsenal verwies, bremste Putin: „Ich glaube, wir sind verpflichtet, die Meinung unserer westlichen Partner zu respektieren. Wir sollten einige Schlüsse aus dem ziehen, was im Westen gesagt wird.“

Bleibt Putin seinem Ruf treu, mit harter Hand zu herrschen, im Nahkampf aber seinen Rivalen ohne Waffen niederzustrecken, könnte er der Mann sein, der Gorbatschows Perestroika (Putin: „unbedachte Versuche“) selbst vollendet und die Jelzin-Ära als Atempause – russisch: Peredyschka – begreifen lässt.

Der gelernte Täuscher ist jedenfalls kein Prinzipienreiter. Er angelt gern. Beißt kein Fisch an, nimmt er auch mal das Netz.

UWE KLUSSMANN, JÖRG R. METTKE,
FRITJOF MEYER, ANDREAS WASSERMANN

„Nur durch Gelddrucken kann man nicht reich und glücklich werden“